

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Januar 2022

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Thomas Röper: Aggression statt Diplomatie: ...**
- **Thomas Röper: Bilder von der weißrussisch-polnischen Grenze, die in Deutschland nicht gezeigt werden**
- **Thomas Röper: Mehr Beschuss im Donbass und neue Gesetze und Strafen für abweichende Meinungen**
- **Olga Alexandrowa: EU: Russland soll Dekret über Unterstützung von Donbass rückgängig machen**
- **Bernhard Trautvetter: Frieden ... – oder Flächenbrand**
- **Ein interessanter Brief zum Ost-West-Konflikt von Oberstleutnant a.D. Jochen Scholz**
- **Christian Müller: ... aus der Geschichte lernen**
- **Eberhard Hamer: Stehen wir nach 1945 und 1989 nun vor Ende und Wende III?**
- **Jürgen Kurz: Bewertung des außenpolitischen Teils des Koalitionsvertrages**
- **DFG-VK: Koalitionsvertrag: Lichtblicke, Kritik**
- **Bernhard Trautvetter: Zum Koalitionsvertrag**
- **Public Citizen: Hinter verschlossenen Türen setzt Pfizer Regierungen unter Druck**
- **Hans-C. von Sponeck: Uno? Welche Uno?**
- **Alfred de Zayas: Es gibt kein Menschenrecht auf Migration**
- **René Roca: Konkordanz – ein Demokratiemodell, ...**

Zitat des Monats von [Alfred de Zayas](#):

**Wir haben die Wahl zwischen Konfrontation und Kooperation,
und nur letztere kann das Überleben der menschlichen Gattung sichern.**

Editorial

Das neue Jahr beginnt mit dem Thema, das auch anderswo die Schlagzeilen bestimmt: unser **Verhältnis zu Russland**. Thomas Röper macht auf die provozierenden Machtinteressen der **NATO** in der **Ukraine** bei gleichzeitiger Umkehrung der Täter-Opfer-Rolle aufmerksam. Auch die Berichterstattung von der belarussischen Grenze ist von Doppelmoral geprägt. In der Ukraine ist es vor allem die dortige Regierung, die für Aggressionen verantwortlich ist. Das bestätigt auch Olga Alexandrowna, die sich auf Stellungnahmen von Sergej Lawrow stützt. Bernhard Trautvetter verweist auf die nähere und fernere Geschichte, in der immer Russland als Aggressor dargestellt wurde, was nur durch Verschweigen der vorangegangenen Provokationen und Angriffe möglich war. Jochen Scholz erinnert an das Minsk-II-Abkommen, das von der Ukraine missachtet wird, was die deutsche und französische Seite aber nicht zu stören scheint.

Der nächste Schwerpunkt ist ähnlich gelagert, betont aber mehr den **historischen Hintergrund**, aus dem wir nach Christian Müller lernen könnten. So zeigte George Kennan schon 1946/47 auf, dass es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion einen grundsätzlich anderen Umgang des Westens mit Russland hätte geben müssen, wozu auch Putin 2001 aufgerufen hatte. Dass Zeitenwenden unterschiedlich wahrgenommen und daher auch aktuelles Geschehen unterschiedlich gesehen werden kann, zeigt Eberhard Hamer für Deutschland auf.

Das leitet über zu einem Blick auf den **Koalitionsvertrag der Ampelkoalition**. Der außenpolitische Teil dieser Regierungsabsichten führt dazu, dass selbst ein Gründungsmitglied der grünen Partei die Unterstützung verweigert; auch die Deutsche Friedensgesellschaft und Bernhard Trautvetter kritisieren in ihren Stellungnahmen den mangelnden Friedenswillen der neuen Koalitionäre.

‘Public Citizen‘ wirft einen kritischen Blick auf die **Geschäftspraktiken des Pfizer-Konzerns**. Einen anderen kritischen Blick wirft Hans von Sponeck auf die **Strukturen der UNO** und Alfred de Zayas, ebenfalls ein ehemaliger leitender UN-Mitarbeiter, thematisiert das **Migrationsproblem**, das nur gelöst werden könne, wenn Staaten sich nicht mehr in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischen. Einen positiven Ausblick für friedliches und selbstbestimmtes Zusammenleben gibt René Roca am Beispiel der **Schweizer Konkordanz**.

[Inhalt](#) ↑

- **Thomas Röper: Aggression statt Diplomatie: Die westliche Außenpolitik und das neue Strategische Konzept der NATO**

Für Thomas Röper ist es an der Zeit, dass der Westen davon ablässt, alle Rechte für sich zu beanspruchen, ohne den anderen die gleichen Rechte zuzugestehen. So werde Russland verwehrt, überhaupt eine Interessensphäre zu haben oder sie aufbauen darf, wie NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg kürzlich kundtat. Andererseits definierten die USA ihre Interessen weltweit, sehen in der Ukraine gar nationale Sicherheitsinteressen, ohne zu bedenken, dass NATO-Truppen in unmittelbarer Nähe Russlands als Bedrohung verstanden werden können. [Die Provokation werde immer bei Russland gesehen.](#)

Für Röper ist nicht zu verstehen, warum die USA die vergleichsweise bescheidenen Sicherheitsinteressen Russlands nicht akzeptieren kann. Röper erinnert an Stoltenbergs Formulierung: “Fünf Elemente sind von zentraler Bedeutung: die Verteidigung unserer Werte, die

Stärkung unserer militärischen Macht, die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaften, die Bereitstellung einer globalen Perspektive und die Entwicklung der NATO als institutionelle Verbindung zwischen Europa und Nordamerika.“ Für Röper macht Stoltenberg mit dieser Aussage noch einmal klar, dass die NATO das Instrument ist, mit dem das von Brzezinski definierte Vasallentum institutionalisiert werden soll “und das tut die NATO seit ihrer Gründung. Im Rahmen des neuen Strategischen Konzeptes will man das weiter ausbauen“.

Thomas Röper, Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Thomas Röper: Bilder von der weißrussisch-polnischen Grenze, die in Deutschland nicht gezeigt werden**

Da Thomas Röper den Eindruck hat, dass in Deutschland unzureichend über die Lage an der weißrussischen Grenze berichtet wird, greift er eine Meldung des russischen Fernsehens zu den Vorgängen sowohl am/im Ärmelkanal als an der weißrussischen Grenze auf und stellt sie recht detailliert dar. In der russischen Meldung wird zum Ausdruck gebracht, dass die EU die [Vorgänge an den Grenzen mit einer Doppelmoral behandelt](#). So bezeichnen Frankreich und Großbritannien “den Tod von Migranten im Ärmelkanal als ‘Tragödie’ und geben Lippenbekenntnisse über die Flüchtlinge ab. Die Europäer haben jedoch kein Mitleid mit den anderen Unglücklichen, die sich an der Grenze zwischen Weißrussland und Polen stauen und nach Deutschland gelangen wollen. Die Migranten erkranken in eisiger Kälte in kalten Zelten, polnische Grenzsoldaten übergießen sie mit Wasser und Tränengas und hetzen Hunde auf sie.“

Thomas Röper, Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Thomas Röper: Mehr Beschuss im Donbass und neue Gesetze und Strafen für abweichende Meinungen**

Nach Darstellung des russischen Außenministeriums baut die Ukraine Einheiten an der Kontaktlinie im Donbass auf. Die Zahl der Waffenstillstandsverletzungen näherte sich der Zahl von 90'000. Laut OSZE-Beobachter seien großkalibrige Artillerie und gepanzerte Fahrzeuge in den Osten des Landes verlegt worden. Der Einsatz von Drohnen gehe weiter. Die EU-Entscheidung, der Ukraine 31 Mio. Euro für militärische und technische Hilfe zukommen zu lassen, fördere den Frieden im Donbass in keiner Weise. In den Sitzungen von Kontroll- und Arbeitsgruppen kommen keine Ergebnisse zustande. [Die Ukraine verweigere jeden Dialog](#). Moskau weist auch auf die Gesetzgebung in Kiew hin, die darauf hinziele, eine zivil-militärische Verwaltung anstelle eines Sonderstatus für den Donbass und Lustration (politische Säuberung) anstelle von Amnestie vorzusehen. Ein weiteres Gesetz sehe vor, Menschen, die die russische Staatsbürgerschaft angenommen haben zu bestrafen. Thomas Röper berichtet von einem ukrainischen Gesetzentwurf der Regierung, der vorsieht, Bürger zu bestrafen, die die “bewaffnete Aggression Russlands“ und die “Besetzung“ des ukrainischen Territoriums leugnen.

[Der russische Präsident Wladimir Putin fühlt sich bei den derzeitigen Vorgängen im Donbass an Völkermord erinnert.](#)

Thomas Röper, Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Olga Alexandrowa: **EU: Russland soll Dekret über Unterstützung von Donbass rückgängig machen**

Präsident Putin hat am 15.11.2021 ein [Dekret Moskaus über die "Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Bevölkerung bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Lugansk](#) der Ukraine" unterzeichnet. Es erkennt insbesondere Ursprungszeugnisse von Waren an, die in den selbsternannten Republiken hergestellt werden. Das Dekret ermöglicht somit den Zugang von Waren aus diesen Gebieten nach Russland und umgekehrt. Für EU-Diplomaten zielt das Dekret darauf ab, "die vorübergehend nicht von der Regierung in Kiew kontrollierten Gebiete Donezk und Lugansk von der Ukraine weiter zu trennen, im Widerspruch zu den Zielen der Minsker Abkommen". Daher habe Russland "diese Entscheidung zu widerrufen und auf einseitige Maßnahmen zu verzichten, die den Konflikt in der Ostukraine nur noch weiter verschärfen".

Während [US-amerikanische und britische Beamte behaupten, Russland bereite eine Invasion in der Ukraine vor](#), rüsten die NATO-Mitglieder die Ukraine auf, die mittlerweile vom Minsk-2-Abkommen verbotene Waffen gegen die Volksrepubliken Donezk und Lugansk einsetzt. Nach Darstellung von Russlands Außenminister Sergej Lawrow setzt Kiew dort auch türkische Drohnen ein. Lawrow schließt eine inszenierte Provokation seitens der Ukraine nicht aus und sieht durch die Aufstockung und Übungen von NATO-Schiffen und Flugzeugen im Schwarzen Meer die Gefahr "militärischer Operationen" erhöht. Angesichts der NATO-Übungen an seiner Grenze führt Russland selbst Militärübungen in 170 km Entfernung zur Grenze durch, was vom Westen als Bedrohung hingestellt wird. (Übersetzungshilfe deepl.com)

[Inhalt](#) ↑

- Bernhard Trautvetter: **Frieden in Europa – oder Flächenbrand**

Bernhard Trautvetter warnt vor gefährlichen Missverständnissen, die u.a. auch bei Vorkommnissen mit großer Spannungsdynamik möglich sind, und führt als Beispiel das Ausweichen eines russischen Zivilflugzeugs vor einem NATO-Aufklärungsflugzeug an. Vor allem der NATO wirft Trautvetter Desinformation über die Ursache der gegenwärtigen Krise vor: "Die Krim-Krise war nicht der Ausgangspunkt, oder in den Worten des heutigen Bundespräsidenten Steinmeier die 'Büchse der Pandora', sondern eine Reaktion auf einen vorausgehenden massiven Rechtsbruch des Westens in der Ukraine." Er erinnert an die Rechtfertigung des Angriffskrieges gegen Russland vor über hundert Jahren, als auch mit einem Aufmarsch der russischen Armee argumentiert wurde. [Trautvetter erinnert auch an den Vertrag zur Deutschen Einheit](#), in dessen Präambel formuliert ist, dass diese Einheit vollzogen wurde unter Berufung auf die Prinzipien von Helsinki, auf denen eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung geschaffen worden sei, und dass die Vertragspartner sich entschlossen haben, "die Sicherheitsinteressen eines jeden zu berücksichtigen".

Bernhard Trautvetter, Jg. 1954, ehemaliger Berufsschullehrer, Friedensaktivist aus Essen, Organisator von Friedensaktivitäten; publiziert in verschiedenen Zeitungen und Foren; Träger des Düsseldorfer Friedenspreises 2018. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Ein interessanter Brief zum Ost-West-Konflikt von Oberstleutnant a.D. Jochen Scholz**

In einem Brief an einen Landtagsabgeordneten hat Jochen Scholz viele interessante Fakten zum Aufbau des Ost-West-Konflikts erläutert. Ausgehend von der Wiedervereinigung Deutschlands und den damals gemachten Versprechungen bezüglich der NATO-Osterweiterung beschreibt Scholz den weiteren Verlauf des Ost-West-Konflikts. Scholz erinnert an einen Vortrag von Friedmann, damals Chef des 'Think Thank STRATFOR', der erklärt, ständiges Ziel US-amerikanischer Außenpolitik sei ein gedeihliches deutsch-russisches Miteinander zu verhindern. Dann kommt Scholz auf die Eindämmungspolitik der USA zu sprechen und zeigt auf, dass die USA versucht haben, die Zweitschlagskapazität Russlands durch das Raketenabwehrsystem zu unterlaufen.

Nun macht Scholz einen Sprung in die aktuelle Zeit und kommt auf die russischen Truppen an der ukrainischen Grenze zu sprechen. Er zitiert das 'Dekret des Nationalen Sicherheitsrates' der Ukraine vom März 2021 und fragt, ob Russland nicht das Recht habe, darauf zu reagieren. In dem ukrainischen Dekret wird der Beschluss dargelegt, dass [die Autonome Republik Krim und die Stadt Sewastopol wieder in die Ukraine integriert werden sollen](#). Dazu wird der ukrainische Präsident aufgefordert, die dafür erforderliche Strategie zu genehmigen. Das Ministerkabinett der Ukraine wird in dem Dekret aufgefordert, "innerhalb von drei Monaten einen Maßnahmenplan für die Umsetzung der Strategie zur Räumung und Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol" zu erarbeiten und zu genehmigen.

Scholz äußert auch seinen Eindruck, "dass der ungelöste Konflikt um Donezk und Luhansk aus der Sicht einiger westlicher Staaten auch ungelöst bleiben soll". Darum sei es auch nicht zum Treffen im sogenannten Normandie-Format gekommen, worauf Russlands Außenminister Sergeij Lawrow den diplomatischen Notenwechsel dazu veröffentlicht habe. Aus diesem Notenwechsel geht nach Scholz "klar hervor, dass die deutsche und französische Seite keine Absicht hatte, auf die Ukraine einzuwirken, ihren Verpflichtungen nach dem Minsk-II-Abkommen von 2015 (!) endlich nachzukommen, das geltendes Völkerrecht ist. Das betrifft in erster Linie die Punkte 9, 11 und 12." Daher halte "Russland ein Treffen für nicht zielführend und damit für obsolet".

[Jochen Scholz](#), Jg. 1943, ehemaliger Berufsoffizier der Bundeswehr Luftwaffe; war in verschiedenen NATO-Gremien und im Bundesverteidigungsministerium tätig; Mitglied der 'Gesellschaft für Internationale Friedenspolitik'; kritisiert die Rolle von NATO und Bundeswehr in Jugoslawien und weltweit. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Christian Müller: So kann man aus der Geschichte lernen**

Christian Müller (Infosperber) findet, dass uns der Politologe, Historiker und Diplomat George F. Kennan zeigt, dass Lernen aus der Geschichte möglich wäre. Müller hat daher eine würdigende Zusammenstellung des politischen Wirkens Kennans von 1997 bis 2017 zusammengestellt. Er stellt die Erkenntnisse von Kennan in Relation zur tatsächlichen politischen Entwicklung des Verhältnisses zwischen den USA und Russland, die unter US-Präsident Bill Clinton und dessen grünes Licht für die NATO-Osterweiterung eine unheilvolle Richtung eingeschlagen hat.

Trotz dieser Entwicklung habe der russische Präsident Wladimir Putin 10 Jahre später (2007) auf der Sicherheitskonferenz in München eine Rede gehalten, die deutlich machte, dass die NATO-Erweiterung nach Osten aus russischer Sicht nur als Provokation verstanden werden kann. Und er forderte zur Abkehr der Entwicklung zu einer monopolaren Welt auf. Umsonst, wie die Entwicklung in der Ukraine seit 2014 zeigt, mit der weiter Öl ins Feuer gegossen wurde. Dazu verweist Müller auch auf den Russland-Experten Stephen F. Cohen, der fand, dass es nach dem

Zusammenbruch der Sowjetunion Pflicht der USA gewesen sei, Russland als zweitstärkste Atommacht zum guten Nachbarn zu machen, statt zu dämonisieren. Die Historikerin Mary Elise Sarotte führt dies Verhalten der USA auf die Verurteilung des Kommunismus zurück.

Für Müller und Kenner der Szene [kann es nur darum gehen, "mit Russland zu reden"](#), statt den USA und der Rüstungsindustrie zuliebe dieses Land noch mehr zum Staatsfeind hochzustilisieren und es damit auch noch näher an China zu stoßen.

Schon 1947 hatte Kennan in seinem bei 'Foreign Affairs' anonym veröffentlichten Artikel "[Die Quellen des sowjetischen Verhaltens](#)" vorgeschlagen, dass die US-amerikanische Politik darauf abzielen sollte, den Sowjetstaat einzudämmen und zu moderieren, anstatt ihn zu stürzen. Ähnlich äußerte er sich 1946 in einem Brief an das 'State Department', der später unter dem Titel '[Long Telegram](#)' bekannt wurde. Das Original "[The Sources of Soviet Conduct](#)" ist nach Anmeldung einsehbar. (Übersetzungshilfe [deepl.com](#))

[Christian Müller](#), Jg. 1944, studierte Geschichte, Staatsrecht und Betriebswirtschaft; aktiver Journalist und Redakteur ([infosperber.ch](#)). Müller setzt sich dafür ein, dass Demokratie auch in internationalen Gremien Standard wird. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Eberhard Hamer: **Stehen wir nach 1945 und 1989 nun vor Ende und Wende III?**

Aufgrund ihrer in den Köpfen noch lebendigen Erfahrungen mit dem DDR-Regime und dem wirtschaftlichen Niedergang der DDR hat die ostdeutsche Bevölkerung eine andere [Grundeinstellung gegenüber politischen Vorgängen](#). So kommt es nach Eberhard Hamer, selbst "Ossi", zu einer kritischeren Sicht ostdeutscher Mitbürger gegenüber der Haftungsübernahme Deutschlands für die EU und arbeitslosen Zuwanderern. Außerdem empfinden sie mehr Angst vor Überschuldung, dem massiven Abbau demokratischer Mitbestimmung und misstrauen Politikern. "Ein Staat, der mehr für die EU, für die Banken und für Zuwanderer sorgt, die eigenen Bürger aber immer stärker besteuert, beschränkt, diszipliniert und ausbeutet, verliert zwangsläufig die Zustimmung dieser Bürger und kann nur – wie die Grünen – hoffen, dass die schon lange im Land lebenden Deutschen bald in der Minderheit sind, auch im politischen Einfluss. [...] Das Gefühl der Ostdeutschen, dass wir wieder auf eine Auflösung, auf ein Ende unseres Gesellschaftssystems zulaufen, ist ein Gefühl der Erfahrung, das die Westdeutschen nicht haben, das sie verleugnen und bitter bereuen werden, wenn die derzeitigen Auflösungserscheinungen unserer westlichen Gesellschaft und Wirtschaft sich im Crash entladen."

[Prof. Eberhard Hamer](#), Jg. 1932, studierte Volkswirtschaft, Recht und Theologie; Rechtsanwalt, Unternehmer, bis 1995 Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bielefeld; Gründer und Präsident des 'Mittelstandsinstituts Niedersachsen' in Hannover und der 'Deutschen Mittelstandsstiftung'; Begründer der neuen 'Mittelstandsökonomie der personalen Wirtschaft und der Inhaberbetriebe'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jürgen Kurz: **Bewertung des außenpolitischen Teils des Koalitionsvertrages**

Jürgen Kurz, Gründungsmitglied der Partei DIE GRÜNEN, wird den Koalitionsvertrag ablehnen. Seine Gründe stellt er in einem Bewertungspapier dar. Kurz kritisiert, [dass der außenpolitische Teil "den kolonialen Muff westlicher Überheblichkeit atmet"](#) und dazu führen werde, in neue Konflikte zu schlittern und bestehende Differenzen zu verstärken. Es sei fatal arrogant, "sein eigenes Wertesystem definitiv über das Wertesystem der Anderen" zu stellen. Offensichtlich wolle man "sich an der durch die USA in den vorangegangenen Jahren vorangetriebenen Spaltung der Welt beteiligen". Kurz, der 18 Jahre in China tätig war, findet insbesondere, dass wir kein Recht haben,

uns moralisch zu einer Verurteilung gegenüber China aufzuschwingen, wie sie im Koalitionsvertrag sichtbar werde.

Fast noch eindrücklicher formuliert Franz Kluge, Umwelt-Campus Trier, seine Ablehnung der außenpolitischen Sicht der Grünen. Kluge hofft, [dass sich eine neue Friedensbewegung der fatalen Entwicklung der deutschen Außenpolitik entgegenstellen kann](#). Er erinnert an den Weckruf von Egon Bahr: "Ich, ein alter Mann, sage Euch, wir leben in Vorkriegszeiten!"

[Jürgen Kurz](#), Autor und Gründungsmitglied der SPV DIE GRÜNEN und war über 20 Jahre auf verschiedenen Ebenen bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN in RLP aktiv. Seit 2003 lebt er vorwiegend in Shanghai und ist seit 2010 verheiratet mit einer in Xinjiang aufgewachsenen Han Chinesin. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **DFG-VK: Koalitionsvertrag: Wenig Lichtblicke, viel Kritik**

Die 'Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen' (DFG-VK) findet, dass die neue Regierung lt. Koalitionsvertrag weiterhin einer überholten militärischen Sicherheitslogik folgt. Neben wenigen Lichtblicken sei der Koalitionsvertrag kein friedenspolitischer Fortschritt. So kritisiert die DFG-VK, dass für die Verpflichtungen in der NATO noch mehr Geld ausgegeben werden soll, dass an der nuklearen Teilhabe festgehalten wird und die Bundeswehr neue Atombomber anschaffen soll. Weiter soll die rüstungstechnische Zusammenarbeit in der EU verstärkt und das Rüstungskontrollgesetz mit Rücksicht auf die EU möglicherweise verwässert werden. Außerdem wird kritisiert, dass das geplante Rüstungsexportverbot nicht weit genug gehe, dass die Drohnen der Bundeswehr bewaffnet werden sollen und dass eine zivile Konfliktprävention kaum Beachtung finde. [Vor allem sei es Zeit, Abrüstung statt Aufrüstung in den Mittelpunkt der Außen- und Sicherheitspolitik zu stellen](#), die Unkultur des Krieges zu beenden und durch eine Kultur des Friedens zu ersetzen.

[Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V.](#), 1892 gegr., ist die älteste Organisation der deutschen Friedensbewegung. Der Verband hat sich die Förderung des Friedens und Rechtsgedankens in den zwischenstaatlichen Beziehungen und die Beseitigung jeglicher Unterdrückung zum Ziel gesetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Bernhard Trautvetter: Zum Koalitionsvertrag**

Bernhard Trautvetter setzt sich kritisch mit dem Koalitionsvertrag auseinander, der zu erhöhter Wachsamkeit und zu breitem Protest und Widerstand aufrufe. Es finde in dem [Vertrag ein mehrfacher Bruch des Versprechens von "Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit"](#) statt. Grundlegend falsch sei dabei, dass an einem weder sozialen noch ökologischen System festgehalten wird, das von wenigen Weltkonzernen kontrolliert werde, und "das am Wachstumsdogma festhält und den privaten Profit von immer weniger Superreichen schützt". Die Fixierung aufs Militärische, für das noch mehr Steuermittel ausgegeben werden soll, mache die ausgegebenen Ziele zur Klimapolitik unglaublich unwahrscheinlich. Die geplante Bewaffnung der Bundeswehr mit Drohnen sei fatal, da damit eine Reduzierung der Schwelle zu Kriegshandlungen einhergehe. Die Behauptung, die Bundeswehreinsetzungen erfolgten im Rahmen des Völkerrechts, sei eine Täuschung. Mit der Forderung einer "kohärenten" Außenpolitik verlasse man den Vertrag zur Deutschen Einheit und diene man weder dem Frieden noch der Nachhaltigkeit.

[Bernhard Trautvetter](#), Jg. 1954, ehemaliger Berufsschullehrer, Friedensaktivist aus Essen, Organisator von Friedensaktivitäten; publiziert in verschiedenen Zeitungen und Foren; Träger des Düsseldorfer Friedenspreises 2018. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Public Citizen: Hinter verschlossenen Türen setzt Pfizer Regierungen unter Druck**

Die US-Verbraucherschutzorganisation 'Public Citizen' berichtet, dass der Pharmakonzern Pfizer seine Position als Hersteller eines der führenden Covid-19-Impfstoffe genutzt hat, um ["Regierungen zum Schweigen zu bringen, das Angebot zu drosseln, Risiken zu verlagern und Gewinne zu maximieren"](#). Diese Erkenntnisse zog 'Public Citizen' aus "unredigierten Term Sheets, Entwürfen oder endgültigen Vereinbarungen" zwischen Pfizer und Albanien, Brasilien, Kolumbien, der Dominikanischen Republik, der Europäischen Kommission und Peru, die der Organisation zugespielt wurden. Auch geschwärzte Verträge mit Chile, den USA und Großbritannien wurden untersucht. U.a. ist es z.B. Brasilien verboten, Impfstoffe als Spenden entgegenzunehmen oder an andere Länder zu verkaufen, ohne vorher den Konzern gefragt zu haben. 'Public Citizen' fordert die Staats- und Regierungschefs der Welt, insbesondere US-Präsident Joe Biden, auf, sich gegen die "Verhandlungstaktik von Pfizer zu wehren und dessen Monopolmacht zu zügeln".

["Public Citizen"](#); 1971 gegründet, gemeinnützige US-Verbraucherorganisation mit 500'000 Mitgliedern und Unterstützern; bekommt keine Spenden von Regierung oder Unternehmen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Hans-C. von Sponeck: Uno? Welche Uno?**

Für Hans-C. von Sponeck hat die UNO viele "Gesichter", wie den Sicherheitsrat und die Vollversammlung als Legislative, die Judikative in Form eines Gerichtshofes in Den Haag sowie die Exekutive mit einem Generalsekretär, vielen Mitarbeitern und Sonderorganisationen, Fonds und Programmen. Die UNO stehe auch heute noch auf wackeligen Beinen. Das Sicherstellen von Frieden, Sicherheit und Fortschritt sei eine Illusion geblieben. "Der Sicherheitsrat konnte schon in den ersten UNO-Jahren seinen Auftrag nicht erfüllen." Der 1990 durch Unterzeichnung der "Charta von Paris" genährte Traum vom Frieden unter Menschen, Völkern und Staaten wurde nicht erfüllt. Aber es sei der UNO gelungen, "lebenswichtiges internationales Recht zu schaffen". Allerdings werde dieses Recht vom UN-Sicherheitsrat immer wieder "entscheidend ignoriert, verletzt oder gebrochen".

Der Westen sei gegen eine Änderung der UN-Charta, um seine Mehrheit im Sicherheitsrat zu erhalten, aber der "Rest" der Welt (92% der Weltbevölkerung) wollen dies nicht länger akzeptieren. Die Judikative der UNO habe bisher keinen entscheidenden Einfluss und sollte in Zukunft rechtlich verbindliche Entscheidungen treffen können. Über die Exekutive kann Sponeck viel Positives berichten, aber die finanzielle Ausstattung insbesondere durch westliche Staaten sei zu verbessern. Es gehe nicht an, dass "auf einer Pro-Kopf Basis Bhutan, der kleine unterentwickelte Staat im Himalaya, mehr zahlt, als Deutschland und dass die USA den weitaus kleinsten Beitrag leisten".

["Eine Zusammenarbeit zwischen der politischen, der juristischen und der operationalen UNO hat es bis vor kurzem praktisch nicht gegeben"](#), aber es deute sich an, dass "die Mauern zwischen den drei UNO-Beinen bröckeln". "Großmächte wie die USA, China und Russland haben in dieser Hinsicht viel Schuld auf ihre Schultern geladen. Sie müssen verstehen, dass das große Gemeinsame, der Frieden und das Wohlergehen aller Menschen, nur dann eine Chance bekommt", wenn sie sich an einen Tisch setzen, um in Kompromissbereitschaft multilaterale, ehrliche und nachvollziehbare Dialoge führen und entsprechende Entscheidungen treffen.

[Hans-C. von Sponeck](#), Jg. 1939, studierte Geschichte, Demographie und Kulturanthropologie; war von 1968 bis 2000 in verschiedenen Funktionen der UNO tätig. 1998 wurde er UN-Koordinator für humanitäre Hilfe im Irak; 2000 trat er aus Protest gegen die Sanktionspolitik des UN-Sicherheitsrates zurück, die er verantwortlich für das Sterben mehrerer hunderttausender irakischer Kinder machte. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Alfred de Zayas: **Es gibt kein Menschenrecht auf Migration**

Alfred de Zayas, ehemaliger Sekretär der UN-Menschenrechtskommission und Chef der Beschwerde-Abteilung im Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, macht im Interview deutlich, dass die Genfer Flüchtlingskonvention nicht geschaffen wurde, "um die Einreise von Migranten zu ermöglichen, sondern um Personen, die politisch verfolgt werden, einen zeitweiligen Schutz zu gewähren". Es gebe [kein rechtsverbindliches Menschenrecht auf Migration](#), auch wenn manche Politiker und Medien Migration als Menschenrecht erklären möchten. Nach Karl Doehring ist ein Staat weder unter Völkergewohnheitsrecht noch unter Vertragsrecht verpflichtet, Migranten aufzunehmen. Vielmehr gelte: "Maßnahmen der Staaten zum Schutz ihrer wirtschaftlichen Interessen, etwa zur Begrenzung der Arbeitslosigkeit im eigenen Land, dürfen nicht verboten werden." Das werde auch vom 'Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte' so vertreten. 99% der heutigen Asylsuchenden fallen nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention, mögen aber je nach der Gesetzeslage ihres Ziellandes einen dort evtl. definierten Anspruch geltend machen können. Zudem schreibe die UN-Konvention zum Schutz der Rechte der Migranten, die nur von 56 Staaten ratifiziert wurde, bestimmte Rechte von Migranten fest, nachdem diese im Lande sind.

Um die Migrationskrisen zu bewältigen ist es nach de Zayas erforderlich, dass "die Staaten aufhören, sich in die inneren Angelegenheiten von anderen Staaten einzumischen. Jeder Krieg, jede sogenannte 'humanitäre Intervention' bringt Chaos mit sich und dies löst Migrationswellen aus. Man muss stets Ursache und Folge betrachten." De Zayas bringt im weiteren Ablauf des Interviews Beispiele dazu, wie Rechte und Verpflichtungen der Staaten gehandhabt wurden und zu bewerten sind.

[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- René Roca: **Konkordanz – ein Demokratiemodell, das den Konsens fördert und den inneren Frieden sichert**

Das [Demokratiemodell der Schweiz basiert auf der Konkordanz](#), nicht wie bei den meisten Demokratien der Welt auf Konkurrenz. Beim Konkordanzprinzip werden alle wichtigen politischen Parteien jeweils in die konsensorientierte Entscheidungsfindung einbezogen. Gerade bei der Vergabe von politischen Ämtern sowie Führungspositionen in Verwaltung, Armee und Justiz bürgt das Prinzip der Konkordanz dafür, dass die Parteien im Verhältnis ihrer Stärke berücksichtigt werden. Die Alternative, eine auf einer (knappen) Mehrheit beruhende Exekutive der "Konkurrenzdemokratie", wird in der Schweiz als zu wenig effizient betrachtet, da die Opposition die Regierungsarbeit durch den intensiveren Einsatz des Referendums stark erschweren könnte. Die Konkordanz ist für René Roca "neben dem Föderalismus, der direkten Demokratie und dem Milizprinzip ein zentraler staatspolitischer Pfeiler der schweizerischen politischen Kultur, der sich bis heute bewährt hat". Bei der auf Konkordanz angelegten Entscheidungsfindung werden auch die referendumsfähigen Verbände mit einbezogen. So werden in einem ruhigen und sachlichen politischen Prozess die anstehenden Probleme einer guten und vernünftigen Lösung zugeführt.

[René Roca](#), Jg. 1961, promovierter Historiker und Gymnasiallehrer in Basel; gründete und leitet das Forschungsinstitut direkte Demokratie (www.fidd.ch). Er publiziert regelmäßig zu den Themen direkte Demokratie, Naturrecht und Genossenschaftsprinzip. (Red.)

[Inhalt](#) ↑